Frau Miethke erklärt, dass die CDU die Grundaussage der Resolution befürworte, wonach die freien Träger nicht weiter stärker belastet werden sollen. Sie hält es für richtig, konkret Personen über die Parteischienen auf Landesebene anzusprechen. Sie selber habe beispielsweise Frau Milz gezielt angesprochen. Sie befürworte, solche Resolutionen auch zu „personalisieren“ und nicht allgemein verpuffen zu lassen.

Frau Hartmann erklärt, dass sie aus der FDP-Fraktion den jugendpolitischen Sprecher informiert habe. Wichtig sei aber auch, die Wohlfahrtsverbände und die kommunalen Spitzenverbände zu sensibilisieren.

Herr Dr. Peeters skizziert inhaltlich noch einmal den gemeinsamen Antrag und unterstreicht dessen Zielsetzung. Es sei wichtig, soweit eine Absicherung vorzunehmen, die auch dann noch reiche, wenn man haushaltstechnisch nicht mehr klar komme und freiwillige Leistungen gestrichen werden müssten.

Der Bürgermeister fasst die Zielsetzung zusammen. Das Finanzierungsmodell müsse für die freiwilligen Träger so gestaltet sein, dass es für sie verlässlich und auskömmlich sei.

Gegen Ende der Aussprache erklärt Frau Miethke noch einmal, dass ihr das gezielte Ansprechen der gewählten Landesvertreter – und damit eine Personalisierung der Resolution – wichtig ist. Außerdem gebe es eine Task-Force zum U3-Ausbau mit einer extra geschalteten Hotline. Ggf. biete sich an, mit dem Anliegen sich auch daran zu wenden.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Rhein-Sieg-Kreis (Landrat und Bürgermeister) das Ministerium im Hinblick auf die U3-Betreuung angeschrieben habe. Das Schreiben ist als **Anlage 9** beigefügt.

Nach weiteren kurzen Wortwechseln lässt der Bürgermeister über den Resolutionstext abstimmen, wobei er darauf hinweist, dass dieser Text im Sinne der Aussprache „möglichst breit verteilt“ (Landtagsabgeordnete, Städte- und Gemeindebund, Wohlfahrtsverbände etc.) werden soll.